

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 52 (1973)
Heft: 12

Artikel: "Der kühnen Behauptung, im staatlichen Bereich sei der Einfluss des Bürgers..."
Autor: Schöfberger, Rudolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338733>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

öffentliche Verfügungsgewalt gestellt worden. Gegenwärtig sind zwar die dortigen politischen Verhältnisse weniger günstig als damals; doch könnte eine zündende Idee die zersplittenen Gruppen, die eine Wirtschaftsreform anstreben, zu gemeinsamen Aktionen zusammenführen. In den skandinavischen Ländern, namentlich in Schweden, ist die Gewerkschafts- und die Genossenschaftsbewegung stark, so dass dort eine Ausdehnung der Gemeinwirtschaft über Genossenschaften und unter öffentlichem Einfluss stehende Selbstverwaltungskörperschaften denkbar wäre. Überdies ist dort die Steuerschraube fest angezogen, so dass durch Wegsteuerung von arbeitslosem Einkommen schon einiges erreicht wäre.

Wo in der Schweiz die günstigsten Angriffspositionen liegen, ist nicht leicht zu sagen. Der Boden ist allgemein ziemlich hart. Vielleicht würde am besten das «Rezept» Rosa Luxemburgs angewendet, das heißt, dass von allen Seiten Anstrengungen unternommen werden müssten, um das Terrain stufenweise zu sondieren und für gemeinwirtschaftliche Lösungen vorzubereiten.

Selbstverständlich muss auch alles unternommen werden, um die geistige Haltung der Menschen, ganz besonders der in Staat und Wirtschaft massgebenden Persönlichkeiten, im Sinne einer gemeinwirtschaftlichen und gemeinnützigen Denkweise zu beeinflussen.

Das sind nur einige Andeutungen, um zu zeigen, wie die konzertierte Aktion gedacht ist. Selbstverständlich müssten eingehende Untersuchungen vorgenommen werden. Das sind Aufgaben, die natürlich ernsthaftes und gründliches Arbeiten erfordern und keine raschen Resultate und spektakulären Erfolge versprechen. Doch das ist der Weg, um vom Deklamieren, Resolutionieren und Protestieren zu praktischem Handeln zu kommen. So stelle ich mir eine Umgestaltung der vom Kapitalismus durchtränkten Gesellschaft in der Richtung nach einer gerechteren und menschlicheren Ordnung vor.

(Sonderdruck aus der Festschrift Bundesrat H. P. Tschudi)

Der kühnen Behauptung, im staatlichen Bereich sei der Einfluss des Bürgers auf die Entscheidungen weitgehend gesichert, muss nachdrücklich widersprochen werden. Nur wer die Teilnahme an Wahlen, das herkömmliche Petitionsrecht, Spurenansätze der Bürgerbeteiligung im Stadtplanungs-, Raumordnungs- und Baurecht, die Möglichkeit, Leserbriefe zu schreiben und am Biertisch zu meckern – oder die repräsentative Demokratie schlechthin – schon für ausreichend hält, kann den Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen als weitgehend gesichert bezeichnen.

Rudolf Schöfberger in «Die Neue Gesellschaft»